

# Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Glauchau, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften.



## Anzeiger

Druck und Verlag von J. Ruhr Nachfolger Dr. Alban Frisch.  
Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch

für  
Hohenstein-Ernstthal mit Gättengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Bernsdorf, Röseldorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenchursdorf, Callesberg, Grumbach, Tirschnau, Ruchschappel, St. Egidien, Wästenbrand, Grina, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erbach, Pleiße und Ruchdorf.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 14.25 Mk., monatlich 4.75 Mk. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamt vierteljährlich 14.25 Mk., monatlich 4.75 Mk., frei ins Haus vierteljährlich 16.15 Mk., monatlich 5.05 Mk. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 31. Briefe und Telegramme an das Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

Kernsprecher Nr. 11.  
Bankkonto: Chemnitzer Bankverein, Chemnitz.  
Postfach-Konto: Leipzig 23464.

Der Anzeigenpreis beträgt in den obengenannten Orten für die sechsgehaltene Korpusgröße 75 Pfg., auswärts 75 Pfg., im Reklameteil 2.00 Pfg. Bei mehrmaligem Abdruck tarifmäßige Nachlässe. Anzeigenaufgabe durch Kernsprecher schließt jedes Beschwerderecht aus. Der zwangsweise Eintragung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfall gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anspruch.

Nr. 220

Dienstag, 21. September 1920

70. Jahrg.

### Die Regierungstriffs.

Es soll auf einmal nichts gewesen sein. Zwar bleibt die Tatsache bestehen, daß Dr. Wirth sein Rücktrittsgesuch eingereicht hat, aber die Differenzen zwischen ihm und einem seiner Kollegen — das ist der Reichspostminister Giesberts, ein Parteigenosse von ihm — seien nicht so schwerwiegend, daß sie sich nicht ausgleichen ließen. Ein solcher Ausgleich sei bereits auf dem Wege und damit sei alles wieder in schönster Ordnung. Wenn das so wäre, dann brauchen sich ja der Herr Reichspräsident Eberl, der im Württembergischen von den Stauagen seines Amtes ausruht, und der Herr Reichsminister Fehrenbach, der im „Musterlande“ Baden hält, nicht nach Berlin zu bemühen. Daß beide aber trotzdem dem Spreedabel wieder zuhause und einer Korrespondenz zufolge am Donnerstag „wichtige Kabinettsberatungen“ stattfinden sollen, deutet daraufhin, daß durchaus nicht alles in der Reichsmaschine im Lote ist und daß die Krisis, wenn sie ja noch einmal verschärft wird, in ein schlechendes Stadium tritt, um jeden Augenblick wieder auf zu werden. Und so wird es schon richtig sein, daß, wie in parlamentarischen Kreisen offen zugegeben wird, Herr Wirth nicht Giesberts wegen gehen will, daß auch sachliche Differenzen nicht das Rücktrittsgesuch heraufbeschworen haben, sondern, daß die Unmöglichkeit, das deutsche Staatsgeschiff über Wasser zu halten, ihm Veranlassung war, die Bürde seines Amtes abzuschütteln. Die Finanzpolitik des unheilvollen Dilettanten Erzberger ist nicht durchzuführen. Was daher unsere weitwichtigen und verständnisvollen Wirtschaftspolitiker voraussetzten, ist eingetroffen; unsere Finanzminister sind am Ende ihres Lateins und wir stehen vor dem Zusammenbruch. Dr. Wirths Schwanzengedank war die Denkschrift über die finanzielle Lage des Reiches, die er im vorigen Monat herausgab. Danach belief sich die Gesamtschuld des Reiches am 30. Juni 1920 auf die Summe von 215 Milliarden Mark. Rechnet man noch hinzu die 39 Milliarden Mark, die das Reich an die Einzelstaaten als Abfindung für die Uebernahme der Eisenbahnen zu zahlen hat, und ferner rund 16 Milliarden Mark, die das Reich den Ländern und Gemeinden an Kriegsauswendungen zu erstatten hat, so belaufen sich 270 Milliarden heraus. Wenn man bedenkt, daß das Reich vor dem Kriege eine Gesamtschuld von nur 5 Milliarden Mark hatte, so kann man sich ungefähr einen Begriff von der fast verwerflichen inneren Verschuldung Deutschlands machen. Dazu kommt, daß damals unsere Volkswirtschaft in voller Blüte stand während jetzt alles durch den Raubbau des Krieges heruntergewirtschaftet ist und uns durch den Waffenstillstand und den Friedensvertrag große Teile industriellen und agrarischen Landes, unsere gesamte Flotte, ein Teil unseres Eisenbahnmateriale und unsere sämtlichen Auslandsguthaben genommen worden sind. In Brüssel soll uns nun auch noch unsere Kriegskostenrechnung präsentiert werden. Aber keine Steuerkräube und keine Entendrohung wird noch 270 Milliarden aus dem deutschen Volke herauspressen. Wir können nur immer neue Ströme von Papiergeld über uns ergießen lassen. Der Sumpf wird dadurch immer größer. Dr. Wirth hat in der genannten Denkschrift seine bange Sorge mit folgenden Worten ausgedrückt: „Es dreht sich um alles. Wenn wir der Finanznot nicht Herr werden, weil ein Teil des Volkes sich an den papierernen Reichtum klammert, so wäre eine wirtschaftliche Katastrophe von ungeheurer Tragweite unvermeidlich. Die Folgen einer solchen wären nicht auszubilden.“

Wir müssen aber jetzt daran gehen, die Zukunft auszubilden, und doch noch irgendwie zu retten was zu retten ist. Die letzten amtlichen Bemühungen Dr. Wirths galten der Vorbereitung der Verhandlungen mit dem alliierten Wiedergutmachungsausschuß. Darüber erklärte er einem Kreise von Parlamentariern: „Das ganze Wiedergutmachungsproblem wächst sich von selbst aus zu einem Problem der Produktion. Welche Finanztransaktionen man auch erdenken mag, alle gehen sie schließlich immer wieder zurück auf die einfache Formel der Ueberwälzung der heimischen Wirtschaft an Waren oder

Dienste zugunsten der Entente.“ Das ist durchaus richtig. Nur darf man dabei nicht vergessen, daß wir jahrzehntelang vor dem Kriege eine passive Handelsbilanz hatten, d. h. daß wir trotz höchst wirtschaftlichen Aufschwunges jahraus und jahrein dem Werte nach mehr an Waren einfuhren als ausfuhren. Erst durch unsere Auslands-guthaben, durch unseren Schiffs- und Transportverkehr usw. gestalteten wir unsere Zahlungsbilanz aktiv. Da uns der letztere aber am 1. und besonders genommen ist, kann man kaum erkennen, wie wir jemals eine auch nur verhältnismäßig geringe Milliardenleistung an die Entente durch „Ueberwälzungen“ aufbringen sollen. Auch hier ist uns Dr. Wirth die Antwort schuldig geblieben. Der Rücktritt Dr. Wirths wirkt eine Reihe von Fragen auf, die für das deutsche Volk Schicksalsfragen sind: Wie ist der Milliardenetat abzubauen, wie kann das lawnenartige Anwachsen der schwebenden Schulden und des Papiergeldumlaufs verhindert werden, und wie will man, zu alledem, auch noch eine Milliarden-Kriegskostenrechnung der Entente vorlegen? Werden in Brüssel direkt oder indirekt diese Probleme, die schließlich eng verknüpft sind mit dem Schicksal der gesamteuropäischen Wirtschaft, gelöst werden?

In unseren Volkswirten ist es heute, auf alle diese Fragen die richtige Antwort zu finden. Aber eine Antwort, die nicht nur auf dem Papier steht, die nicht nur Vorschlag bleibt, sondern die zur Tat wird, auch wenn diese Tat Anschauungen, Vorurteile oder Verordnungen beseitigen muß.

### Auch Dr. Heinze?

Die „B. Z.“ gibt ein Gerücht wieder, daß der Finanzminister und Reichsjustizminister Dr. Heinze aus dem Reichskabinetttausch scheiden, zum Gesandten in Warschau ernannt und in der Vizelandtschaft durch den gegenwärtigen Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz ersetzt werden soll. Diese Gerüchte werden in einen gewissen Zusammenhang gebracht mit den letzten Erörterungen über die Verbreiterung der Regierungsbasis durch die Hereinnahme der Sozialdemokratie. Was zunächst das letztere anbelangt, so haben die Debatten in der Sozialdemokratie klar ergeben, daß die Wehrheitssozialdemokratie für die Hereinnahme in die jetzige Reichsregierung nicht mehr in Frage gekommen kann. Auch der Eintritt der Sozialdemokratie durch Ausschließung der Deutschen Volkspartei aus der Regierung kommt nicht in Frage, da die beiden anderen Regierungsparteien, die Demokratische Partei und das Zentrum, nicht genehmigen, die Deutsche Volkspartei preiszugeben. So schreibt der Abgeordnete Schiffer am Sonntag in der „Magdeb. Ztg.“, die Deutsche Volkspartei könne darauf rechnen, daß die beiden anderen Regierungsparteien aus Rücksicht auf das Allgemeinwohl sich keinesfalls bereitfinden werden, sie auf einen Wirt der Sozialdemokratie zu beteiligen. Mitbin ist die Frage, ob eine Verbreiterung der Regierungsbasis eintreten soll, als erledigt zu betrachten. Was Erzellenz Heinze anbelangt, so ist diese Möglichkeit seiner Ernennung zum Gesandten in Warschau vor einem halben Jahre erörtert worden, seitdem aber nicht mehr, und die von der „B. Z.“ wiederbelebten Gerüchte entbehren zuweilen jeder tatsächlichen Grundlage. Herr Dr. Heinze befindet sich übrigens zurzeit auf Urlaub.

### Entschädigungsumfang

Das Branntweinmonopol — so schreibt das „B. Z.“ — wurde mit der großen Hoffnung ins Leben gerufen, daß der Staatsschatz daraus einen jährlichen Nutzen von etwa einer Milliarde Mark ziehen könnte. Genaues an dieser Annahme, hat das Branntweinmonopol einen ungeheuerlichen Nutzen von etwa 1.2 Milliarden. Es bringt nicht eine Milliarde ein, sondern macht eine halbe Milliarde Mark umsonst. Eine der Hauptursachen dafür war der kostspielige riesige Beamtenapparat, der zu einer besonderen Last wurde, als die heeresmäßigen Angestellten des Monopols heimkehrten und die zur Entlastung kommenden Kräfte auf Grund des Gesetzes ihre Entschädigungsansprüche geltend machten. Dabei ergab sich die ungewöhnliche Tatsache, daß ein

fasten Bürokraten, wie Stenotypistinnen und ähnlichen Hilfskräften, Entschädigungssummen von 60 000 Mark, 70 000 Mark und mehr gezahlt werden mußten. Das war zum Teil möglich auf Grund einer Lücke im Gesetz, die wohl den zu Entschädigenden das Einspruchsrecht gegen die Entschädigungen der Entschädigungsausschüsse zuschlug, nicht aber dem Monopolamt. Erst nachträglich ist diesem durch eine besondere Vorlage das Einspruchsrecht gewährt worden, als bereits ein wesentlicher Teil der Entschädigungen gezahlt war.

Auf diese Weise wird mit den Staatsgeldern umgegangen. Ist es da ein Wunder, wenn unsere Finanzen vor dem Zusammenbruch stehen?

### Berlin von heute.

Berlin arbeitet, wenn die Verhältnisse so weitergehen, wie bisher, systematisch auf seinen moralischen Ruin hin. Daß mit diesem der wirtschaftliche und politische Verfall Hand in Hand geht, ist selbstverständlich. Die steigende Unbeliebtheit, der sich die einstige Kaiserstadt im Reich „erfreut“, scheint den Drahtziehern, die zuweilen durch Aufwiegelung der Massen das Heft in der Hand zu halten glauben, nicht die Augen zu öffnen. Der Sonntag mit seinen unerhörten Verkommenheiten hat erneut bewiesen, daß es nicht weiter gehen kann. Wenn sich die Stadt durch den roten Terror innerhalb der Stadtverordnetenversammlung wirtschaftlich wirtschaftlich zugrunde richtet, so geht das zwar in erste Linie die Stadtgemeinde selbst an, aber die unliebsamen Ausstrahlungen bis in die fernsten Winkel des Reiches bleiben nicht aus. Berlin ist — so wird den „Leipz. Neuest. Nachr.“ in einem Sammelungsbericht geschrieben — nicht eine Stadt für sich, die tun und lassen kann, was ihr gefällt, sondern sie ist immer noch der Sitz der Reichsregierung und die Augen der ganzen Welt richten sich in allen Fragen, die Deutschland angehen, nach Berlin.

Wie bekannt ist, verüben die Unabhängigen erneut, dem Berliner Bürgertum einen Nichtsachmann, Dr. Löwenstein, als Stadtschulrat aufzuzwingen. Alle Protestbestrebungen des empörten Bürgertums hatten bisher nur den Erfolg, daß die rote Majorität in Stadtverordnetenkollegium um so diktorischer ihren Willen durchzusetzen versuchte. Am Sonntag nun haben sich, Vorkommnisse ereignet, die weit über den Rahmen der Stadt hinaus auch das Reich interessieren und zur Unruhe anregen. Eine Anzahl Beriammlungen, die seitens der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und des Zentrums einberufen wurden, um gegen Dr. Löwenstein zu protestieren, wurden seitens der aufgeregten Volksmassen gesprengt. Dabei kam es zu schweren Verletzungen zahlreicher Personen. So wurde z. B. ein Hauptmann Gieseler, der in Zivil ging und das Hakenkreuz trug, zu Boden geworfen, mit dem Fuß getreten und am Kopfe durch einen Weiserstich schwer verwundet. Man gewann erneut einen Eindruck davon, in welcher Weise die vielgerühmte Meinungsfreiheit verewaltigt wird, sobald sie sich nicht in Entlassung stellt mit der diktorischen Auffassung der unabhängigen Sozialdemokratie und ihrer Anhängerschaft. Berlin war an diesem Tage der Schauplatz widerwärtigster Szenen, die bei jedem, der sie miterlebte, das Gefühl tiefsten Ecks auslösen mußte. Es steht fest: So kann und darf es in Berlin nicht weitergehen. Die Abneigung gegen die Reichshauptstadt ist im Reich so groß geworden, daß, wenn nicht ein Wandel eintritt, der Reichsgedanke schwer darunter leiden muß. Selbst dem „Vorwärts“ scheinen die Vorkommnisse auf die Nerven gefallen zu sein, denn er veröfentlicht am Montagabend unter der Ueberschrift „Warnung vor Spitzeln“ einen Aufruf, worin er darauf hinweist, daß die kommunistischen Spitzelparteien, unterstützt von anderen Organisationen die Berliner Arbeiterschaft zum Generalfreitag und zu einer kommunistischen Demonstration zu Dienstag, den 21. September, vormittags aufrufen. Worauf es diesen Elementen ankommt, ergibt sich aus dem Schlußsatz des Aufrufs, der in der „Roten Fahne“ veröffentlicht ist, in dem es heißt: „Arbeitslose, seid Euch bewußt, daß ihr der Vorkämpfer der Revolution seid! Reiner feile!“ Der „Vor-

worts“ warnt zum Schluß die Arbeiter und Parteigenossen, sich von diesen kommunistischen Locksperren provozieren zu lassen. Man kann es begreifen, daß die Herren der S. P. D. diese Leute, die das Ansehen Berlins mit Füßen treten, von den Reichshöfen schütteln möchten. Man tut aber gut daran, sie daran zu erinnern, daß sie in vielen wichtigen Fragen eng verbrüdet Hand in Hand mit der äußeren Entente gehen und ihr dadurch den Rücken stärken.

### Das Uebersehichtenabkommen für Oberschlesien.

Das durch die August-Wirren gefährdete Uebersehichtenabkommen im ober-schlesischen Kohlenbergbau hat zwischen den beteiligten Instanzen, dem Arbeitgeberverband der ober-schlesischen Bergwerks- und Hüttenindustrie, den Angestelltenverbänden und den in der Arbeitgemeinschaft der Bergarbeiter- und Metallarbeiterverbände vereinigten Organisationsverbänden zu neuen Verhandlungen geführt, die bei weiterem reibungslosen Verlauf bis Ende nächster Woche zum Abschluß gelangen dürften. Die Grundlage der Verhandlungen ist etwa folgende:

Soweit es Wagenstellung und Betriebsverhältnisse zulassen, sollen vom 1. Oktober ab Uebersehichtenverfahren werden. Es sollen möglichst alle Belegschaftsglieder unter Tage sich beteiligen; die über Tage sollen entsprechende Uebersehichten bzw. Ueberstunden leisten. Für die Uebersehichten bzw. Ueberstunden werden für die Arbeiter über und unter Tage 50 v. H. des Tariflohnes vergütet, sofern die Leistung der Uebersehichten bzw. Ueberstunden der Leistung der gewöhnlichen Arbeitszeit entspricht. Für jede Uebersehicht sollen den Beteiligten zwei Pfund Schweinefleisch zu demselben verbleibenden Preise wie in den übrigen Bergbauverträgen Deutschlands gewährt werden, dazu ein Pfund Zucker und ein Pfund Wenzelmehl, je zum Preise von einer Mark. Der Zwang zum Verleihen von Uebersehichten wird ausgeschlossen und eine weitere Erhöhung der Lebensmittelpreise in Aussicht genommen, falls es die Höhe der Forderung als angebracht erscheinen läßt.

### Keine Abstempelung des deutschen Papiergeldes.

Im Auslande scheinen Gerüchte verbreitet zu werden, daß das Deutsche Reich eine Abstempelung des Papiergeldes vornehmen werde. Demgegenüber wird amtlich festgestellt, daß diese Gerüchte jeglicher Begründung entbehren.

### Einschneidende Beschränkung des Eisenbahnerverkehrs.

Nach den Beratungen zwischen der Reichslokalstellen und dem Reichsverkehrsministerium ist anzunehmen, daß ab 1. November etwa 10 Prozent der bisher fahrenden Eisenbahnzüge ausfallen werden.

### Eisenbahnerentlassungen.

Aus den Berliner Eisenbahnwerkstätten sind gestern sechs Eisenbahner wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Anordnungen des Reichsverkehrsministeriums entlassen worden.

### Müßige Stimmungsmache.

Die linksstehende Presse, besonders der „Vorwärts“, beschäftigt sich in diesen Tagen mit gegenrevolutionären Stimmungsmachen, die in Bayern umgehen sollen und den Zweck verfolgen, in Bayern wieder das Königtum auszurufen. Man darf sogar so weit, Einzelheiten wiederzugeben, die sich bis auf eine Mittheilung der Franzosen bei einem bevorstehenden Putsch erstrecken. Man geht nicht fehl, wenn man die ganzen Meldungen als müßige Stimmungsmache hinstellt, die nicht der Wahrheit entspricht.

### Kartoffelenthebungen ins Ausland?

Wie verlautet gehen von der deutschen Kartoffelernte bedeutende Mengen über Elbe-Lothringen ins Ausland, namentlich nach